

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Nr. 98
Winter 2011/2012



Photo: © Peter Williams/WCC

„Ehre sei Gott und Frieden auf Erden“ – das Motto der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation aus dem Lukasevangelium begleitet Christen und Kirchen auf dem gemeinsamen Weg zum gerechten Frieden weiter. Eine kommende Station in der ökumenischen Bewegung ist die Vollversammlung des OeRK in Busan/Südkorea 2013. Dieser Weg wird von vielen voll Hoffnung und Heiterkeit gegangen, wie hier von der OeRK-Präsidentin Pfrin. Ophelia Ortega (links) und der früheren Lübecker Bischöfin Bärbel von Wartenberg-Potter (rechts) zu den Klängen des Bethel Steel Orchestra in Kingston demonstriert wird.

Gerechter Friede und Klimagerechtigkeit: Vorbereitungen für OeRK-Vollversammlung

Die 10. Vollversammlung des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) soll jetzt vom **30. Oktober bis 8. November 2013** in Busan, Südkorea, stattfinden. Sie wird unter dem Thema „Gott des Lebens, weise uns den Weg zu Gerechtigkeit und Frieden“ stehen.

Der Planungsausschuss für die Vollversammlung, dem Mitglieder des OeRK-Zentralausschusses und Vertreter ökumenischer Partner angehören, ist vor kurzem am Tagungsort der Vollversammlung in Busan – dem Messe- und Konferenzzentrum (BEXCO) – zusammengekommen.

Während der Tagung prüfte der Ausschuss das koreanische Konzept „Madang“ als eine Möglichkeit, die Vollversammlung im Kontext des Gastgeberlandes zu verwurzeln.

„Madang“ ist der traditionelle koreanische „Innenhof“, der verschiedene Teile eines Hauses miteinander verbindet. Er ist das Zentrum des Familien- und Gemeinschaftslebens. Der Ausschuss bekräftigte, dass die

nächste Vollversammlung im Geiste eines „Madang“ organisiert werden und die Teilnehmenden an einen gemeinsamen Ort des Diskutierens und Feierns einladen soll. Frühere OeRK-Vollversammlungen haben vergleichbare Konzepte verwendet, um der Tagung einen Rahmen zu geben – „Padare“ während der Vollversammlung in Harare 1998 und „Mutirão“ in Porto Alegre 2006.

Bei den sechs Plenarsitzungsthemen während der Vollversammlung soll unter „Gerechtigkeit“ auch Schöpfungsgerechtigkeit verhandelt werden. Für einen nach der Vollversammlung anschließenden Zeitraum von wenigstens sieben Jahren wird ein thematischer Schwerpunkt für die Arbeit des OeRK im Bereich Klimagerechtigkeit diskutiert.

Der Planungsausschuss für die Vollversammlung wird im Juli 2012 erneut tagen und der Zentralausschuss auf seiner Tagung im August 2012 Festlegungen treffen.

Zur inhaltlichen Vorbereitung von Busan wird u. a. eine deutschsprachige gedruckte Fassung des Begleitbuches zum gerechten Frieden mit den Ergebnissen aus der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation in Kingston zur Verfügung gestellt.

AUS DEM INHALT

**Menschliche Entwicklung:
Keine Nachhaltigkeit ohne
Gerechtigkeit**

**Armut, Reichtum und Umwelt:
Für ökumenische Dekade für
Ökogerechtigkeit**

**Honduras:
Wiederaufforstung durch
Viehzüchter**

**OeRK:
Waffenhandel bekämpfen**

**Brasilien:
Entwaffnungskampagne**

**Südsudan:
Gemeinsame Kirchenstrukturen
auch nach Unabhängigkeit**

**Madagaskar:
Kirchen verstärken
Versöhnungsbestrebungen**

Aus Netzen und Bewegungen

**Mittelrhein:
Klimakatastrophe: Strukturelle
Lösungen in den Blick nehmen**

**Rhein-Mosel-Saar:
Aufschrei Waffenhandel:
Kapitalismuskritik und
Rüstungsexporte**

**OeNiD:
Bundesweite Versammlung im
konziliaren Prozess in 2014?**

**PLÄDOYER
für eine ökumenische Zukunft:
Jahrestagung 2012: Ohne
Klimagerechtigkeit kein Frieden**

**Church and Peace:
Die Frage nach der Internationalen
Schutzverantwortung
(Responsibility to Protect)**

**Initiative Kirche von unten (IKvu):
Für ein neues ökumenisches
Sozialwort**

Globales Christliches Forum: Versuch zu umfassenderer Oekumene

Vom 04.-07. Oktober 2011 fand in Mandao, der Provinzhauptstadt von Nord Sulawesi auf Indonesien, das zweite weltweite Treffen des „Global Christian Forum“ (GFC) statt. Rund 275 VertreterInnen protestantischer, römisch-katholischer, evangelikaler, pfingstkirchlicher und orthodoxer Kirchen kamen zusammen, um Veränderungen im weltweiten Christentum zu diskutieren.

„Wir wollen die weltweiten Entwicklungen, die zu einer Veränderung des Christentums beitragen, untersuchen und uns darüber austauschen, wie unsere Gemeinschaft zum Zwecke des gemeinsamen Glaubensbekenntnisses gestärkt werden kann“, beschrieb ein Teilnehmer den Zweck des Treffens. Eine weitere thematische Zuspitzung wurde nicht bekannt.

Das Global Christian Forum führte 2007 seine erste Tagung durch, nachdem es bereits 1998 in Harare/Simbabwe initiiert worden war. Das GFC versteht sich als umfassende ökumenische Bewegung und verfolgt den Anspruch, eine offene Plattform für das breite Spektrum christlicher Kirchen zu bieten, um zusammen und in gegenseitigem Respekt gemeinsame Herausforderungen anzugehen. Sein Spektrum ist umfassender als das des OeRK. Zum neuen internationalen Sekretär des GFC wurde Pfr. Dr. Larry Miller ernannt. Miller ist derzeit noch Generalsekretär der Weltkonferenz der Mennoniten, die ihn für die neue Aufgabe ab dem 1. Januar 2012 freigestellt haben.

Weitere Informationen: www.globalchristianforum.org

Menschliche Entwicklung: Keine Nachhaltigkeit ohne Gerechtigkeit

Der neue UN-Bericht über die menschliche Entwicklung 2011 zeigt, dass Nachhaltigkeit unauflöslich mit Gerechtigkeit verbunden ist. Er bereitet auf den Rio+20-Gipfel 2012 in Brasilien vor, auf dem Beschlüsse des „Erdgipfels“ von 1992 bilanziert werden sollen.

Unterstrichen wird der Zusammenhang zwischen gerechteren Verteilungsverhältnissen einerseits und ökologischer Nachhaltigkeit andererseits. Deutlich wird: Soziale Ungleichheit gefährdet die ökologische Nachhaltigkeit. Gerechtere Verteilungsverhältnisse müssen integraler Bestandteil von Politiken zum Schutz der natürlichen Ressourcen sein.

Die Rolle von Regierungen und lokalen Gemeinschaften beim Management der Umwelt ist zu stärken. Als Vorschlag wird unterbreitet, dass der Abbau von Subventionen für fossile Energien (jährlich mehr als 300 Mrd. US-Dollar) zu einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes führen soll, während die negativen sozialen Effekte dieses Subventionsabbaus für die Armen durch gezielte Programme der sozialen Sicherung mehr als ausgeglichen werden sollen.

Der Bericht befürwortet Reformen, die Gerechtigkeit und Mitsprache fördern. Es besteht die Gefahr, dass Fortschritte, die die meisten Armen auf der Welt über Jahrzehnte erreicht haben, sich verlangsamen, ja sogar die globale Annäherung der menschlichen Entwicklung sich umkehrt, wenn es weiterhin nicht gelingt, die Umweltrisiken und die wachsenden Ungleichheiten zu vermindern.

Dabei ist kritisch anzumerken, dass Verbesserungen im Bereich von Gesundheit und Erziehung den Armen auf der Einkommensebene wenig genützt haben. Bessere Gesundheit und Schulbildung sind notwendige, jedoch keine hinreichenden Bedingungen zum Erzielen von höheren Einkommen.

Neue Untersuchungen zeigen konkret, dass ungleiche Machtverteilung und Geschlechterungleichheit auf nationaler Ebene einhergehen mit mangelndem Zugang zu sauberem Wasser und schlechter Sanitärversorgung, mit Bodendegradation sowie mit Krankheit und Tod aufgrund von Luftverschmutzung – Faktoren, die die negativen Auswirkungen krasser Einkommensunterschiede verstärken. Es besteht auch ein Zusammenhang zwischen geschlechtsspezifischer Ungleichheit und Umweltproblemen. Die auf globaler Ebene etablierten Strukturen politischer Steuerung schwächen häufig die Mitsprachemöglichkeiten der sog. Entwicklungsländer und schließen Randgruppen aus.

Aber es gibt Alternativen zu Ungleichheit und fehlender Nachhaltigkeit. Investitionen, die zu mehr Verteilungs- und Chancengerechtigkeit führen – zum Beispiel Investitionen in den Zugang zu erneuerbarer Energie, Wasser und Sanitärversorgung und reproduktiven Gesundheitsdiensten –, können sowohl die Nachhaltigkeit als auch die menschliche Entwicklung fördern. Die Rechenschaftspflicht und demokratischen Prozesse zu stärken, kann ebenfalls zu Verbesserungen führen. Gemeinschaftliche Bewirtschaftung, integrative Einrichtungen und die Beachtung benachteiligter Gruppen sind Bestandteile erfolgreicher Ansätze. Über die Millenniums-Entwicklungsziele hinaus braucht die Welt einen Entwicklungsrahmen, in dem Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit ihren Platz finden.

Um einen hohen Lebensstandard zu erreichen, sollten ärmere Länder nicht dem auf fossilen Energien beruhenden Entwicklungspfad der reichen Länder folgen, so der Bericht.

Die englische Ausgabe des Berichts über die menschliche Entwicklung 2011 findet sich im Internet unter <http://hdr.undp.org/>. Herausgeberin der deutschen Ausgabe ist die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN).

Kirche und Ethik: Wirtschaftliche Fragen in den Blick nehmen

Während die Welt vor sehr ernsthaften wirtschaftlichen Problemen steht, versagt die Kirche mit ihrer Mission, wenn sie sich nicht

ernsthaft mit diesen Fragen der Wirtschaft auseinandersetzt, so warnte Luigino Bruni, Wirtschaftsprofessor an der Universität von Mailand, der als ein Vertreter einer „Ethik der Wirtschaft“ gilt. „Religionen sollten in einer Krisensituation Neues, Passendes zu sagen haben. Die wirtschaftliche Krise ist ebenso auch eine ethische Krise. Aber den Kirchen fehlt die Kompetenz, Alternativen aufzuzeigen“, so Luigino Bruni. Sie hätten es versäumt, dafür zu werben, sich systematisch mit der Wirtschaft und Wirtschaftsstrategien zu beschäftigen.

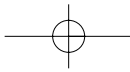
„Es ist gefährlich für die Kirchen, sich aus der wirtschaftlichen Welt herauszuhalten“, sagte Bruni in einem Interview. „Eines der Schlüsselemente der heutigen Zeit ist die Wirtschaft, welche das alltägliche Leben und die ganze Welt beeinflusst. Aber die Kirchen scheinen weit von dem Versuch entfernt, die Komplexität des neuen wirtschaftlichen Systems verstehen zu wollen“, merkte Bruni auf einer christlich-islamischen Tagung des Lutherischen Weltbundes unter dem Titel „Engaging Structural Greed“ an. „Die Kirchen haben sich nicht in gleicher Weise darum bemüht, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen, wie sie es mit Fragen der Moral und der Philosophie getan haben“, sagte er. Wirtschaftswissenschaften sollten Teil des Curriculums von theologischen Seminaren sein.

Andere Redner auf der Konferenz wiesen darauf hin, dass die Religionen stärker darauf hinwirken müssten, der Habgier im Wirtschaftssystem entgegenzuwirken. Auch wenn im Islam und im Christentum anerkannt werde, dass der Mensch Bewahrer von Gottes Schöpfung sei, und Habgier als Verrat an der Treue Gottes verstanden werde, gebe es doch in beiden Religionen „starken Widerstand“, der Gier auch durch ein verantwortliches Angehen der Kräfte der Globalisierung zu begegnen, so Chandra Muzaffar, ein islamischer Wirtschaftswissenschaftler von der University of Malaysia, der Direktor des „International Movement for a Just World“. Das Schlussdokument der Konferenz findet sich unter: www.lutheranworld.org/

Seit sich die „Occupy Wallstreet“ Bewegung auf der ganzen Welt verbreitet, haben Demonstranten in mehreren Städten in Kanada, Großbritannien und den Niederlanden ihre Zelte rund um innerstädtische Kirchen und Kathedralen aufgeschlagen. Diese Auswahl verortet auch eine Wertesuche. Die unterschiedlichen Reaktionen nötigen hier Gemeindemitglieder und Kirchenvorstände, sich mit Fragen von struktureller Gier, Finanzkapitalismus und Wirtschaftsweise auseinanderzusetzen.

Armut, Reichtum und Umwelt: Für ökumenische Dekade für Ökogerechtigkeit

In der kanadischen Stadt Calgary fand eine ökumenische Konsultation zu Armut, Reichtum und Umwelt statt, die in einer Reihe



von Aufrufen mündete, in Zeiten weltweiter Finanzkrisen, Umweltbedrohungen und Widerstand gegen die Wall Street sich zu besinnen und aktiv zu werden. VertreterInnen nordamerikanischer Kirchen riefen ihre ökumenischen und interreligiösen Partner auf, „ein Jahrzehnt der Öko-Gerechtigkeit zu widmen, die sowohl ökologische als auch ökonomische Gerechtigkeit umfasst“.

Die vom Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK) ausgerichtete Konsultation fand vom 6. bis 11. November statt und fand ihren Ausdruck in dem Papier „Eine neue Welt ist im Werden“, das die momentane weltweite Situation analysiert. Am Ende stehen eine Reihe von Aufrufen an den OeRK selbst und an seine Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen, die die Ziele der Teilnehmenden mittragen.

Die Kirchen in Nordamerika werden aufgerufen, „Maßnahmen zu ergreifen, um von kohlenstoffbasierten auf erneuerbare Energien umzusteigen“ und „die Kluft zwischen Arm und Reich“ zu verringern. Unternehmen und Industrie sind aufgefordert, sich in definierten Bereichen „zu Prinzipien der Schöpfungsgerechtigkeit zu bekennen“.

An die Regierungen wird appelliert, für eine Gesetzgebung zu sorgen, die die gegenwärtige Struktur des internationalen Finanzsystems ändert, wie sie noch durch den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank und die Welthandelsorganisation repräsentiert wird.

Klimawandel Thema für Glaubensgemeinschaften in Kanada

Der Klimawandel war auch Thema einer interreligiösen Konferenz in Ottawa von Religionsvertretern, Politikern und Personen des öffentlichen Lebens. Sie folgten damit einem interreligiösen Aufruf, den Klimawandel als ein ethisches Thema zu begreifen. Die Zusammenkunft nahm Bezug auf einen Brief, der dem Canadian Interfaith Call die Leitung der Aktionen gegen den Klimawandel überträgt.

Unterzeichnet ist er von RepräsentantInnen der Muslime, Christen, Baha'i und ökumenischen Gruppen, so der Canadian Council of Churches, der die Versammlung in Ottawa organisiert hat.

Die Teilnehmenden diskutierten über die Werte, die für eine nachhaltige Ökonomie notwendig sind, über die Herausforderung der Klimagerechtigkeit und über den Klimawandel als eine Herausforderung für eine spirituelle Neuorientierung. Der Brief war in Vorbereitung auf die Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen entstanden, der sog. COP-17, in Durban (Südafrika).

Honduras: Wiederaufforstung durch Viehzüchter

Die Vereinigung der Viehzüchter von Apacilagua im süd honduranischen Departement

Choluteca hat die Wiederaufforstung regionaler Flussufer angekündigt. So werden ab dem kommenden Jahr in einer ersten Phase 22 Familien 35 Hektar Land mit Bäumen bepflanzen. Das auf 18 Monate ausgelegte Projekt soll die durch die Viehzucht entstandenen Schäden wieder wettmachen.

Wie Tranquilino López aus El Quebrache, einer der acht ausgewählten Gemeinden berichtet, geht es darum, den Wald wiederherzustellen, der durch die Landverödung zerstört worden ist. Die von den Vereinten Nationen geförderte Wiederaufforstung erfolgt offenbar im eigenen Interesse. „Die Böden sind nicht mehr produktiv. Selbst das Gras für unsere Rinder wächst nicht ausreichend nach“, erläutert der Viehzüchter. „Wenn wir so weitermachen wie bisher, verlieren wir unsere Lebensgrundlage.“

Die Welternährungsorganisation (FAO) schätzt, dass die Viehzucht weltweit auf 40 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche stattfindet. Die über 1,2 Milliarden Rinder darauf verzehren mehr als die etwa 6,8 Milliarden Menschen, von denen sich fast die Hälfte kein Rindfleisch leisten kann. Berechnungen zufolge entfallen auf die Produktion von einem Kilo Rindfleisch acht Kilo Futtermittel. Neben Entwaldung und Landverödung trägt die Viehzucht zudem zur Verschlammlung der Flüsse bei.

„Grüne“ Energiewirtschaft: Windkraft schafft faire Arbeitsplätze

Brasilien baut seinen Windenergiesektor aus. Nutznießer ist der strukturschwache Nordosten des Landes. Nach Erkenntnissen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO entsprechen mehr als 2,6 Millionen Stellen auf dem formellen brasilianischen Arbeitsmarkt diesen Kriterien. Somit tragen 6,7 Prozent aller Arbeitnehmer in dem südamerikanischen Land zu einer nachhaltigen ökologischen Entwicklung bei.

Fast 550 000 Personen sind in Brasilien im Bereich der erneuerbaren Energien tätig, der als eine der wachstumsträchtigsten Markt-nischen gilt.

Die wichtigsten „grünen“ Arbeitsfelder sind zurzeit noch Biospritproduktion aus Zuckerrohr und große Wasserkraftwerke. Vorangetrieben wird das Wachstum im Sektor der erneuerbaren Energien aber vor allem durch Windturbinen.

„Der Windenergie-Sektor besteht aus großen Projekten, die hauptsächlich feste Stellen schaffen“, sagte Paulo Sérgio Muçouçah, der für ILO in Brasilien die nachhaltigen Arbeitsplatzprogramme koordiniert.

Wirkkraftsektor ohne Arbeitskonflikte

„Da die Arbeitskräfte offiziell registriert und ihre Arbeitsrechte gewahrt werden, kann man ihre Beschäftigung als „fair“ bezeichnen. In der Zuckerrohrindustrie und der Wasserkraftproduktion ist dagegen eine Re-

kordzahl von Arbeitskonflikten verzeichnet worden, sowohl auf Plantagen als auch beim Bau von Staudämmen“, erklärte Muçouçah. „Damit sind diese Bereiche im Vergleich zur Windenergie im Nachteil.“

Obwohl die großen Windkraftanlagen dem Atlas des brasilianischen Windenergiepotenzials zufolge 300 Gigawatt produzieren könnten, betrug die installierte Kapazität im Mai dieses Jahres nur knapp ein Gigawatt (eine Milliarde Watt).

Der Zehn-Jahres-Plan der brasilianischen Regierung für die Energieentwicklung sieht vor, dass die Kapazitäten bis 2020 auf zwölf Gigawatt erweitert werden sollen.

Windkraft benötigt im Vergleich zur Wasserkraft mehr Personal und kann daher eine größere Zahl von Arbeitsplätzen schaffen. Um ein Terawatt (eine Billion Watt) zu erzeugen und an die Verbraucher weiterzuleiten, werden in Windkraftanlagen 918 bis 2400 Arbeitskräfte gebraucht. Ein Wasserkraftwerk kommt dagegen mit 250 Beschäftigten aus, um die gleiche Menge Strom herzustellen und zu verteilen.

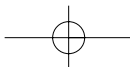
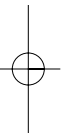
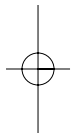
Laut Muçouçah verteuert sich die Windenergie durch den Einsatz von mehr Arbeitskräften nicht. „Der Bau von Wasserkraftwerken ist extrem kostenintensiv“, erklärte er. „Dafür muss am Ende der Verbraucher zahlen.“

43 der bisher 62 Windkraftanlagen in Brasilien befinden sich im Nordosten, die mit Winden vom Atlantik versorgt werden. „Dadurch, dass die Arbeitsplätze in der ärmsten und rückständigsten Region Brasiliens entstehen, trägt die Windenergie auch zur Entwicklung des armen Nordostens bei“, fügte der ILO-Verantwortliche hinzu.

OeRK: Waffenhandel bekämpfen

Mindestens 526 000 Menschen werden jedes Jahr durch bewaffnete Gewalt getötet. Der Bericht 2011 „Global Burden of Armed Violence: Lethal Encounters“, den die Organisation „Genfer Erklärung zu bewaffneter Gewalt und Entwicklung“ (www.genevadeclaration.org), eine diplomatische Initiative, die von mehr als 100 Staaten unterzeichnet worden ist, vorgelegt hat, zeigt erschreckende Zahlen. „Die Grenzen zwischen politischer, krimineller und zwischenmenschlicher Gewalt verschwimmen immer mehr, die Situation des Drogenhandels in Zentralamerika oder die ökonomisch motivierte Gewalt der Piraten in Somalia, zeigen dies überdeutlich“, so Keith Krause, ein Experte für den Waffenhandel und einer der Hauptautoren des diesjährigen Berichts.

Die vorgelegten Zahlen unterstützen deutlich die weltweiten Bemühungen von Menschenrechtsgruppen und kirchlichen Organisationen, darunter auch des OeRK, die Regierungen der Welt zu größeren Anstrengungen zu bewegen, den Handel und die Weitergabe konventioneller Waffen zu beschränken. Organisationen aus 27 Ländern



unterstützen die Initiative des OeRK, 2012 zu einem verbindlichen internationalen Reglement für den Waffenhandel (Arms Trade Treaty | ATT) zu kommen. In diesem Sinne äußerte sich auch der Generalsekretär der OeRK auf einer Veranstaltung im Oktober 2011 in New York. Olav Fykse Tveit erklärte: „Unabhängig davon, ob wir einen Mitgliedsstaat der UNO vertreten, eine Kirche oder die Zivilgesellschaft, wir sind alle darin verbunden, dass wir eine wirkungsvolle Kontrolle der Waffen wollen, die unser aller tägliches Leben und Frieden bedrohen. Aus der christlichen Tradition ist es die Stimme der Machtlosen, der an den Rand Gedrängten und der Armen, die uns sagen, was Gerechtigkeit und Barmherzigkeit von uns verlangen.“

Brasilien: Entwaffnungskampagne

Das Instituto Sou da Paz, eine in Sao Paulo ansässige Einrichtung zur Gewaltprävention in Brasilien, hat in der weltweiten Woche für Abrüstung die Kirchen und Religionsgemeinschaften in seinem Land ermutigt, sich an einer „Kampagne zur freiwilligen Abgabe von Waffen und Munition“ zu beteiligen. Die Kampagne wird u.a. von Baptisten, Presbyterianern, Anglikanern, Methodisten, Lutheranern und Katholiken unterstützt. „Das Engagement der Religionen ist wichtig, weil sie die Unterstützung und das Vertrauen der Menschen genießen, bei denen sie sich sehr viel wohler fühlen, ihre Waffen abzugeben, also beispielsweise in einer Kirche, denn in einer Polizeistation,“ so die Projektkoordinatorin Alice Ribeiro. Nach Angaben der Direktorin von Sou da Paz, Melina Risso, bedeuten 18 eingesammelte Waffen ein gerettetes Leben.

In diesem Jahr hat die Kampagne etwa 27000 Waffen eingesammelt, dies kann jeweils anonym an zahlreichen Sammelpunkten geschehen und zusätzlich gibt es eine Kompensation von etwa 40,- EUR je Waffe.

Philippinen: Mord an Priester belebt Anti-Gewalt-Kampagne

Der Mord an dem katholischen Priester Fausto Tentorio, der am 17. Oktober 2011 auf dem Kirchengelände von Arakan auf den Philippinen niedergeschossen worden war, könnte nach Ansicht eines Mitbruder des Ermordeten, P. Peter Geremia (Päpstliches Institut für die Außenmissionen), Ausgangspunkt für einen neuen Frieden auf Mindanao sein, da sich derzeit alle interessierten Parteien einig sind. „Die Regierung, die Kirche, die Indigenen, Muslime und kommunistische Rebellen der New People's Army“, so P. Geremia, „loben das Zeugnis von P. Fausto Tentorio und dessen Dienst an den Menschen. Alle begrüßen einstimmig sein Engagement für Benachteiligte. Dies ist ein Signal

für eine mögliche Ausrichtung der Friedensarbeit.“

In diesem Sinne laden wir alle ein, sich der Bewegung „Den Samen des Friedens aussäen“, anzuschließen, die im Geist von P. Tentorio tätig ist. Die Bewegung, der auch P. Geremia angehört, setzt sich in Zusammenarbeit mit einem Netzwerk anderer Organisationen für den Frieden auf Mindanao ein und fördert Verhandlungen zwischen der philippinischen Regierung und muslimischen sowie kommunistischen Rebellen. „Diejenigen, die hinter dem Mord an P. Fausto Tentoria stecken, wollten die, die für Frieden und Gerechtigkeit eintreten, mit diesem Mord abschrecken. Das Ergebnis aber ist ein anderes“, stellt Sr. Elsa Compuesto fest, die Exekutivsekretärin der Sisters Association of Mindanao.

Tentorio, 59, war bereits das dritte Mitglied des Päpstliches Institut für die Außenmissionen, das seit 1985 auf den südlichen Philippinen und der dritte kirchliche Mitarbeiter, der in der zweijährigen Amtszeit von Präsident Benigno Aquino getötet wurde. Dieser hat eine intensive Untersuchung versprochen, allerdings wurden bislang keine Verdächtigen verhaftet.

An der Beerdigung des Toten nahmen nach Agenturberichten nicht nur 90 Bischöfe und Priester teil, sondern auch 3000 Gemeindeangehörige und etwa 15 000 Ureinwohner, als Zeichen des Respekts und der Verbundenheit mit P. Tentorio, der eng mit den Menschen verbunden gelebt hatte, der ihre Dialekte sprach und in Gemeindeprogrammen eingebunden war. P. Fausto sei kein Freund „großer Zeremonien“ gewesen und habe eher „im Stillen“ gearbeitet. „Er war ein Missionar, der Barmherzigkeit zeigte vor allem gegenüber den geringsten Kindern Gottes unter den Gläubigen, den so genannten Lumad. Er forderte Gerechtigkeit für sie, wenn man ihr Land beschlagnahmte oder wenn sie mit Waffengewalt belästigt wurden, während die Regierung nichts für sie tat“, so Bischof Romulo De La Cruz von Kidapawan in seiner Predigt bei der Beisetzungsfest.

Kolumbien: Oekumenisches Begleitprogramm gegründet

In Kolumbien wurde ein ökumenisches Begleitprogramm zur Unterstützung von Opfern der Gewalt gegründet, in einem Land, wo nahezu fünf Millionen Menschen auf Grund von bewaffneten inländischen Konflikten, von ihrem Land und ihrem Besitz vertrieben wurden, so der Lateinamerikanische Kirchenrat (CLAI). „Die Kirchen wurden angehalten das Schweigen über die Gräueltaten zu brechen, die in Kolumbien geschehen“, so Pastor Carlos E Ham, Referent des OeRK für Diakonie und für Lateinamerika und die Karibik.

Im Dezember 2009 veröffentlichte der kolumbianische Generalstaatsanwalt Zahlen, denen zufolge es 2520 dokumentierte Fälle

von Verschwundenen gebe bei einer Gesamtanzahl von rund 35 665 Verbrechen, die von paramilitärischen Kräften eingestanden worden seien. Laut diesem Bericht wurden 2388 Gräber gefunden und 2091 Leichen exhumiert.

Oekumenische BegleiterInnen nehmen am Leben der Gemeinden teil, um zusammen mit lokalen Organisationen an gewaltfreien Aktionen zu arbeiten, die der Förderung der Gerechtigkeit und dem Schutz und der Durchsetzung der Menschenrechte dienen. Nach dem Ende ihres ehrenamtlichen Einsatzes in den Gemeinden kehren die Helfer in ihre eigenen Gemeinden zurück, um anderen von der Krise zu berichten und für ein Ende der Gewalt einzutreten.

CLAI regte die neue Initiative an, welche „eine starke ökumenische Zusammenarbeit mit der Beteiligung vieler Kirchen“ umfasst, so Ham bei der Vorstellung der Initiative in Bogota Anfang Oktober 2011. Pfr. Chris Ferguson von der United Church of Canada wurde zum internationalen Koordinator des Programms berufen; er war bereits bei der Etablierung eines ähnlichen Programms (EAPPI) in Israel und Palästina beteiligt.

Südsudan: Gemeinsame Kirchenstrukturen auch nach Unabhängigkeit

Trotz des diesjährigen Unabhängigkeitsvotums des Südsudans haben sich die Kirchen im Sudan und Südsudan für den Fortbestand gemeinsamer Strukturen entschieden, insbesondere zur Unterstützung ihrer Glaubensgemeinschaft im mehrheitlich muslimischen Sudan. Bischöfe der römisch-katholischen Kirche bestätigten die Beibehaltung einer Bischofskonferenz für beide Staaten und verwiesen auf die gemeinsame Geschichte und existierende „sehr reale menschliche Verbindungen.“ Im Juli entschied sich die anglikanische Kirche, für die kommenden zwei Jahre eine Institution zu bleiben; ebenso hat der sudanische Kirchenrat beschlossen, sich nicht zu trennen. „Es geht vor allem um Solidarität“, beobachtete John Ashworth, Berater des Sudanesischen Oekumenischen Forums, das sich für die Verbesserung der kirchlichen Friedensarbeit in Sudan einsetzt. „Trotz der politischen Grenzen überwiegt weiterhin das Gefühl der Einheit in den sudanesischen Kirchen“, schreibt Ashworth in einer Botschaft. Aufgrund der größeren Verbreitung des Christentums im Südsudan gehe er davon aus, dass „die Kirche in Südsudan weitaus stärker sein und faktisch die Arbeit der sudanesischen Kirche unterstützen werde.“

Laut Mitarbeitern der Kirche stammen die meisten im Norden lebenden ChristInnen ebenso wie der größte Teil der dortigen Priester und der Hälfte der Bischöfe aus dem heutigen Südsudan. „Die Kirche im Norden ist eine „Minderheiten-Kirche“, die ohne Unterstützung des Südens nicht in ihrer jetzigen Form aufrecht erhalten bleiben könnte“, erklärte Pfarrer Don Bosco Ochieng aus

der Diözese Rumbek in Südsudan. In Anspielung auf eine Erklärung des sudanesischen Präsidenten Omar al-Bashir sagte er, „Nach der Deklaration des Sudans als islamischer Staat gibt es große Sorgen über die ungewisse Zukunft (der Kirche im Norden).“

Ähnlich wie in anderen Ländern Afrikas wurden die Grenzen zwischen den kirchlichen Diözesen des ehemaligen Gesamtsudans nicht an die neuen politischen Grenzen infolge der Abspaltung des Südens angepasst, wodurch die Bistümer im neuen Grenzgebiet große Gebiete in beiden Staaten umschließen. Auch deswegen sei die Einheit der gesamtsudanesischen Kirche von großer Bedeutung, teilten Amtsträger mit.

Der Bischof von Khartoum, Ezekiel Kondo, sprach von angespannten Zeiten für die sudanesischen Christen. „Was den Norden anbelangt, hat die (südsudanesische Unabhängigkeit) erhebliche Veränderungen mit sich gebracht.“ Christliche Staatsbeamte seien ebenso entlassen worden wie viele Angestellte im privatwirtschaftlichen Sektor; die von der Regierung anvisierte vollständige Einführung islamischen Rechts sei eine große Herausforderung für die Kirchen. Zudem sei vielen aus dem Süden stammenden BewohnerInnen die Staatsbürgerschaft entzogen worden. Die ChristInnen würden den Sudan verlassen oder würden vertrieben und die Kirche von Khartoum ist kleiner geworden. Des Weiteren habe es einen großen Zustrom von Flüchtlingen aus der zentralsudanesischen Öl-fördernden Provinz Südkordofan nach Khartoum gegeben, nachdem in Südkordofan wiederholt Sympathisanten des Südsudans angegriffen worden seien. Trotz der Anwesenheit der Vereinten Nationen in der sudanesischen Hauptstadt habe sich die Regierung bislang geweigert, Flüchtlingslager für diese Flüchtlinge zu errichten. Dies sei vor allem insofern ein Problem, weil die Einleitung angemessener Hilfsmaßnahmen sowie die Erhebung genauer demographischer Daten über das Ausmaß der Flüchtlingssituation schwierig seien, wenn die Menschen weit verteilt lebten. Zudem werde damit die Lage der Flüchtlinge vor den Augen der Weltöffentlichkeit verborgen.

Sahelzone: Landverödung umkehrbar

Die Weltbevölkerung verdankt ihre Nahrungsmittel landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, die jedoch immer weiter veröden. Doch Wüstenbildung und Bodenerosion müssen nicht sein, wie das Beispiel Sahelzone zeigt: Dort sind zahlreiche grüne Landschaften entstanden.

Die Sahelzone ist ein riesiges Trockengebiet südlich der Sahara, das sich vom Atlantik einmal quer über den Kontinent bis zum Roten Meer zieht. Durch die gemeinsame Anstrengung der lokalen Bevölkerung konnten Teile der öden Steppe in grünes, ertrageiches Land umgewandelt werden. Geholfen hat allerdings auch, dass es in der

Region zwischenzeitlich wieder mehr geregnet hat.

„Heute blühen wieder sechs Millionen Hektar Land in der westlichen Sahara-Zone, und mehr als 200 Millionen Bäume sind dort gewachsen, wo noch in den 1970er Jahren der Boden undurchdringbarem Beton glich“, berichtete Chris Reij vom Zentrum für Internationale Zusammenarbeit der Freien Universität Amsterdam am Rande der 10. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Wüstenkonvention (UNCCD) im südkoreanischen Changwon gegenüber IPS. Keiner der Bäume sei gepflanzt worden. Vielmehr habe das Gießen mit gesammeltem Regenwasser das Wachstum der natürlichen Setzlinge ermöglicht.

Bewässerungssysteme in kleinem Stil

Die ortsansässige Bevölkerung legte natürliche Auffangbecken an und baute kleine Dämme, um das Versickern und Abfließen von Wasser zu verhindern. Mit dem aufgefangenen Wasser wurden Bäume, Büsche und Nahrungsmittelpflanzen gegossen. Im Sahelstaat Niger beispielsweise können kleine Bauernbetriebe durch diese Art der Bewirtschaftung wieder 200 000 Tonnen Zwiebeln pro Jahr ernten.

„In einigen Regionen ist der Grundwasserspiegel sogar um fünf bis sechs Meter gestiegen“, berichtete Reij. Dort sind nicht nur die Böden fruchtbarer geworden, was zu einer größeren Artenvielfalt führte. Auch die Lufttemperaturen sind gesunken und die Menschen sind besser vor den in der Region typischen Sandstürmen geschützt. Sie haben wieder Feuerholz zur Verfügung und können Tierfutter anbauen. Die Maßnahmen sind so gut wie kostenlos und somit keine Belastung für die Staatskassen. „Jetzt ist nur noch die Frage, wie das Projekt auf andere Regionen Afrikas übertragen werden kann“, meinte Reij.

Rückendeckung für diese einfache Art der Bewässerung kommt auch vom UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter: „Das Beste für die Menschen in Subsahara-Afrika wäre es, wenn die Regierungen die Kleinbauern unterstützen und Anreize schaffen würden, damit diese sich für die Agroförstwirtschaft einsetzen“, sagte er. Große Bewässerungssysteme dagegen seien teuer und weniger nachhaltig. „Regierungen müssen sich von Monokulturen und gigantischen Bewässerungssystemen verabschieden.“

Madagaskar: Kirchen verstärken Versöhnungsbestrebungen

Während PolitikerInnen in Madagaskar noch Vorschläge zur Beendigung einer dreijährigen politischen Krise erörtern, intensivieren nach Aussage eines evangelischen Geistlichen die Kirchen ihre Friedensarbeit in dem Inselstaat östlich der Küste Afrikas. Kirchen hätten verschiedene Konfessionen auf Friedenskonferenzen zusammengebracht, Frie-

densbotschaften in Gottesdiensten verbreitet und sich für Vergebung und Versöhnung ausgesprochen, berichtete Pfarrer Lala Rasendrasahina, Präsident der Church of Jesus Christ in Madagaskar, in einem Interview mit ENInews. Seine Kirche ist mit 2,5 Millionen Mitgliedern die größte protestantische Kirche in Madagaskar.

Im September unterzeichnete der madagassische Präsident Andry Rajoelina eine Vereinbarung über die Rückkehr seines ins Exil verbannten Vorgängers sowie über die Abhaltung von Wahlen binnen eines Jahres. Auch zwei der drei Oppositionsparteien des Landes unterzeichneten das Abkommen, welches unter Vermittlung der Southern African Development Community Group of Nations zustande gekommen war. Der römisch-katholische Rajoelina hatte 2009 in einem Militärputsch den Sturz der Regierung von Marc Ravalomanana, eines Protestanten, herbeigeführt, was international verurteilt wurde, eine Spaltung des Landes hervorrief und die Einheit unter den Kirchen bedrohte.

„Wir glauben, dass die meisten Politiker der Kirche angehören und somit von ihren Pastoren oder Priestern wieder auf den rechten Pfad geführt werden sollten“, sagte Rasendrasahina und betonte die Einigkeit unter den reformierten, katholischen, anglikanischen und lutherischen Kirchen bei ihren Friedensbemühungen.

„Noch gibt es kein Recht auf freie Meinungsäußerung, und viele Radiosender einschließlich der kirchlichen sind immer noch geschlossen. Keine Kirche erhält die Genehmigung, Gottesdienste unter freiem Himmel abzuhalten um für die Nation zu beten“, sagte Rasendrasahina, dessen Kirche der Regierung Verfolgung vorwirft.

Nichtsdestotrotz betreiben die Kirchen Schulen, Krankenhäuser und Gesundheitszentren, fördern landwirtschaftliche Entwicklung und stellen sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen bereit. Die Church of Jesus Christ allein betreibt 450 Schulen und startete jüngst ein Projekt zur Bekämpfung von Korruption und Armut. Die madagassische lutherische Kirche unterhält neun Krankenhäuser und zahlreiche Projekte für Gesundheitspflege, zum Beispiel zur Aufklärung über HIV/AIDS-Prävention.

„Die Kirche ist verzweifelt, aber nicht hoffnungslos. Wir führen unsere Friedensarbeit fort“, erklärte der anglikanische Bischof der Diözese Antsiranana, Roger Chung Jaomalaza, in einem Interview.

Die rund 45 Prozent Christen der 20 Millionen Einwohner Madagaskars gehören zu fast gleichen Teilen der katholischen Kirche oder protestantischen Kirchen an.

Theologie: Neue Recherchemöglichkeiten im Internet

Neu im Internet ist die Genfer Globale Digitale Bibliothek für Theologie und Oekumene

(GlobeTheoLib). Sie bietet Hunderttausende von Artikeln, Dokumenten und anderen wissenschaftlichen Materialien, auf die angemeldete TeilnehmerInnen überall auf der Welt via Internet kostenlos zugreifen können (www.globethics.net/gtl).

„Die Zeit für ein neues Modell des ökumenischen Austauschs theologischer Ressourcen ist gekommen, um die weltweite Christenheit für das 21. Jahrhundert fit zu machen“, erklärte OeRK-Generalsekretär Pfr. Dr. Olav Fykse Tveit.

Indonesien: Religiöser Friede in Gefahr

In Indonesien hat die religiös motivierte Gewalt in den letzten Jahren massiv zugenommen; radikale muslimische Gruppen greifen dabei sowohl Christen wie Ahmadiyya-Anhänger an. Pfr. Andreas Yewangoe, Vorsitzender der Communion of Churches in Indonesia (CCI), erklärte auf einer ökumenischen Tagung an der Ruhr-Universität in Bochum Anfang November 2011, dass die christlichen Leitungspersonen zusammen mit Führern anderer Religionsgemeinschaften in Indonesien sich immer bemüht hätten, gute, kooperative Beziehungen zu pflegen; die Probleme der Nation seien Probleme, die gemeinsam angegangen werden müssten.

Die religiöse Vielfalt ist durch die indonesische Verfassung geschützt, seit dem Ende der Kolonialzeit 1945 wird dies in dem Ideal „Einheit durch Vielfalt“ beschrieben.

Sechs Religionsgemeinschaften sind offiziell anerkannt: Islam, Protestantismus, Katholizismus, Hinduismus, Buddhismus und Konfuzianismus. Diese religiöse Harmonie sei allerdings in Gefahr, so Yewangoe. Allein in diesem Jahr habe es mehr als 20 Übergriffe auf Kirchen gegeben, einige seien gezwungen worden zu schließen. Im Februar 2011 seien bei einem Angriff auf eine Moschee der Ahmadiyah-Gemeinde auf Java drei Menschen getötet worden. Zwölf Tatbeteiligte seien allerdings zu nur sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auch sei die seit 2008 geschlossene Tamar-Yasmin-Kirche in Bogor auf Westjava, trotz einer gegenteiligen Entscheidung des höchsten Gerichtes des Landes, noch immer nicht wieder geöffnet und das Gebäude sei weiter versiegelt.

Von den 240 Millionen Einwohnern Indonesiens sind 80 Prozent Muslime; die Ahmadiyya-Bewegung hat rund 400 000 AnhängerInnen, 16 Prozent der Bevölkerung sind ChristInnen, zwei Prozent Hindus sowie jeweils ein Prozent BuddhistInnen und Angehörige von Stammesreligionen.

Kaschmir: Muslime helfen beim Wiederaufbau einer christlichen Schule

Muslime in Kaschmir, im Nordwesten des indischen Subkontinents, unterstützten den Wiederaufbau einer christlichen Schule, die

während eines Aktes christenfeindlicher Gewalt vor einem Jahr bei einem Feuer zerstört wurde.

„Was hier passierte, ist natürlich falsch und hätte nicht passieren dürfen. Ich kann Ihnen versichern, dass unsere Leute so etwas nicht noch einmal geschehen lassen“, erklärte Munshi Mukhtar Ahmed, ein muslimischer Lehrer in einer öffentlichen Schule, gegenüber der Nachrichtenagentur ENInews. Am 13. September 2010, war die Tyndale Biscoe-School das Ziel von Muslimen, die aufgrund einer Nachricht, in den USA sei am Jahrestag der Anschläge vom 11. September, ein Qur'an geschändet worden, protestierten. Die Schule steht in Phulwama und wird von der Church of North India (CNI) geführt. Damals wurden zwei Dutzend muslimische Demonstranten von Sicherheitskräften getötet und über 100 festgenommen. In Kaschmir leben vier Millionen Muslime und etwa 5000 ChristInnen.

„Der Brand der Schule war ein großer Verlust für die (muslimische) Gemeinde. Die Folgen sind noch heute zu spüren“, sagte Ahmed. Die von der Kirche geführte Schule hat ca. 450 Schüler, davon fast alle Muslime.

Rajinder Kaul berichtete gegenüber ENInews, dass die Schule später in einem verfallenen Gebäude untergebracht wurde, welches zum Gesundheitsministerium gehörte. Im Juni sei die Schule in Containern auf das alte Gelände versetzt worden, wo die alte Schule, ein hölzernes Gebäude im eleganten Kaschmiri-Stil einmal gestanden hatte, bevor sie ein Raub der Flammen wurde. „Die Brandstiftung wurde von einer Gruppe von außerhalb begangen ... Sie waren sich des Ausmaßes ihrer Tat nicht bewusst“, meint Gulam Mohammed Bhat, ein Muslim vom Schulmanagement-Komitee, nach einem Treffen, bei dem der Wiederaufbau der Schule geplant wurde. „Wir sind glücklich, dass die (muslimische) Gemeinde bedauert, was geschehen ist,“ erklärte Bischof Pradeep Kumar Samantroy von der CNI-Diözese Amritsar gegenüber ENInews. „Unser Verlust war groß. Aber das Wichtigste ist, dass wir in der Lage waren, den Frieden wiederherzustellen“, so Samantroy.

Die Regionalregierungen von Jammu und Kaschmir tragen zum Wiederaufbau bei, einheimische Muslime werden freiwillig beim Wiederaufbau helfen.

Wahrheitskommission: Brasilianischer Menschenrechtsaktivist besucht OeRK

Dr. Marlon Weichert, ein prominenter brasilianischer Menschenrechtsanwalt würdigte bei einem Besuch beim OeRK in Genf die Rolle der Kirche, die sie in Brasilien bei dem Versuch spielt, mit der eigenen Geschichte ins Reine zu kommen (vgl. OID Sommer 2011, S. 5).

Der brasilianische Senat hat mittlerweile ein Gesetz gebilligt, das nun von der Staatspräsidentin Dilma Rousseff unterzeichnet

werden muss. Darin wird eine Wahrheitskommission eingerichtet, deren Untersuchungsmandat sich auf die Verbrechen bezieht, die unter der Militärherrschaft von 1964–1985 begangen wurden. Der OeRK hatte die Bildung einer solchen Kommission schon in der Vergangenheit unterstützt. „Wir sollten in der Lage sein, einen Prozess zu beginnen, in dem die Militärs und ihre Handlanger zur Rechenschaft gezogen werden.“

Um den Prozess der Demokratisierung zu vollenden, ist es in Brasilien nötig, dass wir auch die Bereiche in unserer Gesellschaft in den Blick nehmen, in denen der Geist des Totalitarismus noch lebendig ist. Länder wie Argentinien, Paraguay, Uruguay und Chile sind diesen Weg bereits gegangen. Wir sollten diese Gelegenheit für uns nicht ungenutzt verstreichen lassen.“

Kolumbien: Bischöfe unterstützen Antidiskriminierungsgesetz

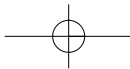
Der evangelische Bischof Eduardo Martinez und der anglikanische Bischof Francisco Duque begrüßten, laut einer Pressemitteilung, ein Gesetz gegen sexuelle Diskriminierung, welches dem kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos zur Unterzeichnung vorliegt. Die Bischöfe erklärten, sie würden, sobald das Gesetz verabschiedet sei, es zu ihrer Priorität machen, dass es auch weite Verbreitung findet. Zugleich warnten sie davor, die Bibel fundamentalistisch zu lesen. „Niemand darf, gleich aus welchen Gründen, diskriminiert werden, schon gar nicht wegen des Geschlechts oder der Sexualität“.

Martinez und Duque sehen keine Schwierigkeiten mit dem Gesetzesvorschlag in ihren Gemeinden. Sie räumten aber ein, es könne einige Mitglieder geben, die vielleicht noch nicht bereit für eine Interpretation des Evangeliums sind, in welcher Gott ohne jegliche Einschränkung über die Liebe spricht.

Die Bischöfe haben eine Kampagne vorgeschlagen, um den Gesetzestext in allen Kirchen bekannt zu machen, sodass im Falle von Diskriminierung schnell und überall gehandelt werden könne.

Bischof Duque sagte, es werde eine Erleichterung für Mitglieder der Kirchengemeinden sein, offen über ihre Homosexualität sprechen zu können, ohne Angst vor Problemen haben zu müssen. „Es ist die Lehre Jesu“, sagte er. „Er verstieß niemanden, zeigte Solidarität mit den Ausgestoßenen und den Verfolgten, mit den Unterdrückten und Trauernden.“

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von ENI ausgewertet, außerdem die Pressedienste von OeRK, IPS, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA



Aus oekumenischen NETZEN

► Bremen

Antipartheid-Solidarität und Partnerschaftsbesuch

Nach zehn Jahren bürgerschaftlichen Engagements und Austauschs zwischen Durban und Bremen hat der Senat der Freien und Hansestadt Bremen die Städtepartnerschaft anlässlich des Besuchs des Bürgermeisters aus Durban offiziell beglaubigt. Als kirchlicher Partner des Diakonia Council of Churches in Durban bot das *forum Kirche* der angereisten Bürgermeisterdelegation am 1. Oktober einen durch Beteiligung vieler Anti-Apartheid-Engagierter „geschichtsbewussten“ Empfang. Der heutige Bürgermeister James Nxumalo und zwei Stadtverantwortliche waren vor 1990 im Widerstand gegen die Apartheid aktiv, Derek Naidoo mit Nelson Mandela auf Robben Island inhaftiert. Dankbar nahmen sie die Berichte und Bilder von Boykottaktionen 1979 vor der Deutschen Bank, jahrelangem Früchteboykott der evangelischen Frauen und großen Kampagnen auf dem Marktplatz u. a. zum Soweto-Tag 1986 auf. Hieraus entwickelte sich nach 2000 auch die kirchliche Partnerschaft mit Durban.

Der Bilderreigen der Anti-Apartheid-Solidarität wurde im Rahmen der Begegnungsreise 14.-29. Oktober von der kirchlichen Partnerschaftsgruppe als gebundenes Album zum 35-jährigen Jubiläum des Diakonia in Durban überreicht, das selbst als kirchlicher Zusammenschluss gegen das Apartheidregime gegründet wurde. Unter dem Motto „Klima und Entwicklung“ wurden Projekte kirchlicher Selbsthilfe- und Umweltgruppen sowie die Vorbereitungsteams der Nichtregierungsorganisationen auf die UN-Klimakonferenz besucht. Die ökumenische Partnerschaft soll zukünftig auch als Klimapartnerschaft wahrzunehmen sein.

„Ökofair“ als Markenzeichen der Kirche in Bremen

Mit Unterstützung der Bremischen Evangelischen Kirche und des örtlichen Diakonischen Werks/Brot für die Welt wurde Bremen in einem bundesweiten Wettbewerb der Ehrentitel „Hauptstadt des fairen Handels“ zuerkannt. Als besonderer kirchlicher Beitrag macht die Internetplattform „oekofair.kirche-bremen.de“ den Umfang und Grad der Beteiligung von Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen an ökofairen Initiativen und Programmen sichtbar. Die Umsetzung ökofairer Verantwortung wird als dem kirchlichen Selbstverständnis zugehörig verankert und wirkt als Vorbild für die privaten Haushalte Kirchenmitglieder.

Kontakt: Oekumenische Initiative, Uwe Ihssen
forum Kirche, Hollerallee 75, 28209 Bremen
Tel.: 0421/34615-36, ihssen.forum@kirche-bremen.de

► Mittelrhein

Klimakatastrophe: Strukturelle Lösungen in den Blick nehmen

Am 14. Oktober feierte das Oekumenische Netz Mittelrhein sein 20jähriges Jubiläum am Gründungsort des Vereins in Köln, in den Räumen der ehemaligen Kreuzkirche, jetzt „Pathpoint Cologne“ des Deutschen Jugendherbergswerks. Trotz überschaubarer Beteiligung waren die Beiträge derer, die gekommen waren, so ermutigend, dass die hin und wieder aufkommende Sorgen wegen Überalterung des Vorstands in neue Zuversicht verwandelt wurde.

Am 21.10. haben drei der Vorstandsmitglieder an der Jahresversammlung des OeNiD in Berlin teilgenommen. Dort hat sich Erhard Dischler, der 22 Jahre das Rheinland vertreten hat, verabschiedet, und an seiner Stelle wurde Dieter Endemann in den Koordinationskreis gewählt.

Der Sprecherkreis hat zwischenzeitlich Dr. Jörg Baumgarten als Mitarbeiter gewinnen können. Mit seiner Hilfe konnten die Vorbereitungen für die nächste Frühjahrstagung am **2./3. März 2012** mit neuem Schwung angegangen werden. Klimazerstörung sollte nach wie vor das zentrale Thema bleiben. Die Suche nach einer Kirchengemeinde, die auf diesem Weg weiterhelfen könnte, mündete in eine Kooperation mit der Evangelischen Trinitatiskirchengemeinde in Bonn-Endenich und der katholischen Nachbargemeinde St. Maria Magdalena und Christi Auferstehung. Darüber hinaus sind das evangelische und katholische Bildungswerk als Mitträger beteiligt. Gemeinsam wollen sich die Kooperationspartner der Ernsthaftigkeit des Problems „Klimakatastrophe/Klimawandel“ stellen. Sie wollen Sachinformation und positive Handlungsmöglichkeiten im Horizont neuer spiritueller Kraft aufzeigen. Sowohl das persönliche Handeln als auch strukturelle Lösungen von ProduzentenInnen und KonsumentenInnen sollen in den Blick kommen. Als Referenten nehmen Dr. Oliver Stengel vom Wuppertal Institut, Hans Stenzel, Synodalbeauftragter im Ev. Kirchenkreis Jülich und Prof. Dr. Alexander Lohner von Misereor teil.

Programm bzw. Einladungsflyer sind per Email unter OekumNetzMittelrhein@t-online.de abrufbar.
Kontakt: Oekumenisches Netz Mittelrhein
Pfr. Dieter Endemann, Domstr. 62, 50668 Köln

► Rhein-Mosel-Saar

Aufschrei Waffenhandel: Kapitalismuskritik und Rüstungsexporte

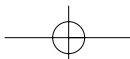
Um Rüstungsexporte zu minimieren, haben sich zahlreiche Organisationen und Gruppen aus der Friedensbewegung und dem entwicklungspolitischen Spektrum in der „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel! Den Opfern Stimme, den Tätern Name und Gesicht“ zusammengeschlossen. Seit Spätsommer 2011 unterstützt auch das Oekumenische Netz Rhein-Mosel-Saar die Kampagne. Der Aufschrei gegen den starken Ausbau des Exports von Rüstungsgütern im letzten Jahrzehnt ist durch den tausendfachen Tod, die Millionen von Verstümmelungsoffern, die Profitgier des militärisch-industriellen Komplexes und die durch Bindung von Haushaltsgeldern verursachten „Entwicklungshemmnisse“ in Ländern des globalen Südens begründet. Hintergrundinformationen mit Zahlen und Zeugenberichten aus dem globalen Süden, Kampagnenzielen sowie Handlungsoptionen finden sich unter www.aufschrei-waffenhandel.de.

Hintergründe der steigenden Rüstungsexporte

Das Wirtschaftswachstum von Schwellen- und Ölstaaten und die Erneuerung ihrer teilweise veralteten Militärbestände sind ein Grund für die Zunahme von Rüstungsexporten. Hinzu kommt die Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer „schlanken“ Kriseneinsatzarmee, was Unternehmen zu einer zunehmenden Suche weiterer Abnehmer im Ausland veranlasst: Markterweiterung lautet hier das Schlagwort. Hinzu kommt die verstärkte Abwehr von Flüchtlingsbewegungen, die mit einer Zunahme von Aufträgen aus Europas Grenzregionen für Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen einhergeht. Besonders wichtig für das Verständnis der gestiegenen Exporte ist schließlich die Unterstützung strategisch wichtiger Partner zur militärischen Absicherung von Handels- und Rohstoffwegen (z. B. Angola, Saudi-Arabien).

Zweigleisigkeit einer Kampagne

Das Oekumenische Netz unterstützt die Kampagne in ihrem Anliegen, den Opfern dieser globalen Prozesse eine Stimme zu geben. Das Netz unterstützt auch das Ziel, zukünftige Exporte so schwierig wie möglich zu machen, um damit Menschen vor den zerstörerischen Auswirkungen von Waffen zu schützen. Zudem möchte es aber über die Kritik des Exports hinausgehen und die Produktion von Waffen grundsätzlich in Frage stellen. Um aber diese Kritik und damit die Irrationalität der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen, ist neben der handlungsorientierten Fokussierung einer



Kampagne auch eine übergeordnete, systemische Kritik nötig. Dies wird in den nächsten Monaten verstärkt von Seiten des Ökumenischen Netzes und einiger seiner Mitgliedsgruppen in die Kampagne eingebracht.

Ein ausführlicher Artikel findet sich auf der Webseite www.oekumenisches-netz.de

Kontakt: Dominic Kloos, Ökumenisches Netz
Rhein-Mosel-Saar, Löhrrstr. 51, 56068 Koblenz
Tel.: 02 61/29 68 16 91, info@oekumenisches-netz.de
www.oekumenisches-netz.de

► Württemberg

Nachdenken über eine Abkehr vom Paradigma eines unbegrenzten Wirtschaftswachstums

„Wachstum in der Kritik – was wird aus den kleinen Leuten?“ hieß der besondere Aspekt, unter dem das Ökumenische Netz Württemberg (OeNW) die zur Zeit viel und kontrovers diskutierte Frage der Abkehr vom Paradigma eines unbegrenzten Wirtschaftswachstums in seiner Jahrestagung am 15.10.11 in Herrenberg aufgriff.

Als Referenten waren Bruno Kern aus Mainz, Mitverfasser der „12 Mainzer Thesen zur Wachstumskritik“, und Peter Schönhöffer aus Ingelheim von der „Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie“ eingeladen. Beide konnten begründet aufzeigen, dass an die Stelle der scheinbar alternativlosen volkswirtschaftlichen Orientierung an immer mehr Wachstum teils radikale Regulierungen, teils intelligente Anreize zum Umsteuern treten müssen.

Den bei einem Rückgang der Produktivität zwangsläufig entstehenden sozialen Verwerfungen kann dabei nur mit Mechanismen wie der Abschöpfung des vorhandenen Reichtums und einem damit finanzierten Ausbau der sozialen Sicherungssysteme vorgebeugt werden. Die Solidarische Ökonomie schlägt für eine Abkehr vom Wachstum als „Transformationspfade“ z. B. das Demokratiegebot, die Bereitstellung öffentlichen Kapitals und die Vorfinanzierung der Produktion durch Konsumentengarantien vor.

Am Beginn der Tagung standen biblische Ansätze zum gerechten Wirtschaften wie das Zinsverbot, das Gebot der Nachlese und das Gebot der Lohngerechtigkeit.

Hieraus und aus dem mit den Referenten Diskutierten ergab sich für das OeNW als Schwerpunktthema für das Jahr 2012 die Frage nach der Verfassung, konkret unter Blickwinkeln wie

- ▷ *Rüstungskonversion/-Umwidmung der Produktion von Rüstungsgütern in zivile Güter, insbesondere in Baden-Württemberg*
- ▷ *Kooperationsvertrag zwischen Bundeswehr und Schule in Baden-Württemberg*
- ▷ *Demokratie und Datenschutz.*

Kontakt: Ökumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
74348 Lauffen am Neckar, Tel.: 07133/21068

► OeNiD

Bundesweite Versammlung im konziliaren Prozess in 2014?

Auf der OeNiD-Jahresversammlung Ende Oktober in Berlin wurde eine ad hoc-Gruppe gebildet, die ausloten soll, ob eine neue bundesweite ökumenische Basisversammlung für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung in 2014 (nach der Vollversammlung des OeRK in Busan) breit mitgetragen werden würde, als sinnhaft empfunden wird und die nötigen Herausforderungen in Kirchen und Welt formulieren kann: damit die Welt glaubt und gerechter Friede für den gesamten Erdball denkbar bleibt und mehr und mehr auch wieder in den Bereich des Erreichbaren rückt.

Peter Schönhöffer hat diesen Vorschlag eingebracht; er schreibt dazu: „Ich freue mich, dass wir die ersten Schritte auf dem Weg zur Sondierung einer ggf. 2014 stattfindenden ökumenischen Basisversammlung ... in turbulenten Zeiten für Welt und Kirchen in Angriff nehmen können. Mein Vorschlag, um den Prozess möglichst offen, integrativ und doch auch zuspitzungsbereit zu machen ist der folgende: Lasst uns unter Einbeziehung und Ausschöpfung von vielen ökumenischen Netzen, innovativen Kontakten, weiterführenden Ideen, der Kreativität von Einzelpersonen, geistlichen Strömungen und auch solchen Menschen vorgehen, die einschneidende und evangeliumsgemäße Lebensstile, praktische und notwendig auch politische Konsequenzen „für der Stadt Bestes“ in Gang bringen können.“

Wozu eine neue ökumenische Versammlung?

1. *Weil die Zeit reif dafür ist, dass die ökumenische Basis sich neu bildet, zu handfesten Beschlüssen, Programmlinien, Kampagnen in politisch sensiblen Bereichen, zu Transformationsprojekten und Lebensstilbewegungen zurückfindet.*
2. *Weil die Tradition von Dresden – Magdeburg – Dresden, aber auch Mainzer ökumenische Tage, Siegen, Dortmund, Assisi noch schwelt und Feuer hat.*
3. *Weil wir uns auf einen Umschwung der öffentlichen Meinung zubewegen, der ähnlich dem kurz vor der Wende in der DDR einzustufen ist, und wir die neu sich bildenden Bewegungen der Empörten, der Besetzer und der Graswurzeln (transition town), die neuen Ansätze und Orte christlicherseits mitprägen sollten.*

Wer sich mit einbringen möchte, melde sich unter:
Peter-Schoenhoeffer@web.de
(Lic. Theol. Peter Schönhöffer M.A., Akademie
Solidarische Ökonomie/Kairos Europa/Pax Christi)
Kontakt: Ökumenisches Netz in Deutschland
Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
36251 Bad Hersfeld, Tel.: 066 21/62 01 86
A-P-S@gmx.de

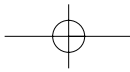
► Akademie auf Zeit Solidarische Ökonomie

„Kapitalismus und dann?“

Angesichts der täglichen Meldungen über Bürgerproteste in aller Welt gegen das herrschende Banken- und Finanzsystem konnte das Thema der Tagung am 22./23. Oktober kaum aktueller sein. 150 Leute waren nach Berlin gekommen, mit Laufpublikum noch deutlich mehr. Als Experten alternativer Ökonomieansätze waren Christian Felber, Vertreter der Gemeinwohlökonomie in Österreich, der Postwachstumsökonom Nico Paech, der Theologe und Begründer von Kairos Europa, Ulrich Duchrow und Silke Helfrich, Expertin für Gemeingutökonomie, eingeladen.

Zunächst wurden von Vertretern der Akademie, darunter Bernd Winkelmann, Hans-Jürgen Fischbeck, Harald Bender und Norbert Bernholt, die wichtigsten Ansätze und Handlungsfelder einer Solidarischen Ökonomie vorgestellt und anschließend in fünf Arbeitsgruppen diskutiert. Nach der Mittagspause nahmen die eingeladenen Experten Stellung zu den in den vergangenen drei Jahren erarbeiteten Entwürfen, vor allem zum so genannten Richtungsentwurf und den theologischen Leitlinien, aber auch zu den zahlreichen, sehr konkreten „Bausteinen“. Neben einigen kritischen Hinweisen schätzten sie, wie auch die meisten Teilnehmer der Tagung, die vorgelegten Arbeiten äußerst positiv ein, insbesondere den Versuch, die Gesamtschau einer Systemalternative zu entwerfen.

Mehr Klarheit und Entschlossenheit waren spürbar als an vielen anderen Orten des Aufbruchs in diesen Wochen. Die weltweite Occupy-Bewegung spülte frischen Mut heran. Es tauchten wieder neue Menschen im Horizont der Solidarischen Ökonomie auf, die grundsätzlich etwas ändern wollen. Durchbrüche im Angesicht eines inzwischen voll entwickelten „Terrors der Ökonomie“ (Viviane Forrester) erscheinen hier denkbar. Im nächsten Jahr sollen im Kontakt mit Politikern die zentralen Hebel für Transformationsprozesse getestet werden. Vielleicht wird auch Energie für den Plan B dran sein müssen in Zukunft, wie Nico Paech ihn eindringlich in Berlin vertreten hat. Danach ist für die Zeit nach den kaum noch zu vermeidenden großen ökologisch-ökonomischen



Zusammenbrüchen mit Rückbau, Selbstversorgung und entschieden solidarischem Umbau zu reagieren.

Am Sonntag wurde zum Neustart und zur Mitarbeit in der Akademie eingeladen. Etwa 50 TeilnehmerInnen erklärten sich schriftlich bereit, als neue MitarbeiterInnen in der Akademie mitzuwirken. Die Bildung von Regionalgruppen hat sich angedeutet. Damit sind häufigere persönliche Kontakte möglich. Ein bundesweiter Erfahrungsaustausch in regelmäßigen Abständen (ein halbes bis ein Jahr) erscheint sinnvoll. Die Verbindung zur ökumenischen Basisbewegung darf nicht abreißen.

In Kürze wird eine ausführliche Dokumentation der Tagung ins Netz gestellt. Hier sind auch die bisher erarbeiteten Leitvorstellungen, Bausteine und Modelle einer postkapitalistischen Ökonomie einzusehen.

Kontakt: Akademie Solidarische Ökonomie
Norbert Bernholt, Am Butterberg 16, 21335 Lüneburg
Tel.: 0 41 31/721 74 50, nbernholt@t-online.de
www.akademie-solidarische-oekonomie.de

Akademie Solidarische Ökonomie:

Berliner Erklärung zur Banken- und Finanzkrise

Die Teilnehmer der Tagung „Kapitalismus und dann?“ der Akademie Solidarische Ökonomie verabschiedeten mit großer Mehrheit die folgende Erklärung:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.

Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

(Aus dem Ahlener Programm der CDU von 1947)

Innerhalb von drei Jahren wiederholt sich eine Banken- und Finanzkrise, die auch die reichen Industriestaaten in einen drohenden Staatsbankrott treibt und die effektive Realwirtschaft empfindlich gefährdet. Menschen in aller Welt stehen auf im Protest gegen eine Finanzwirtschaft, die den Menschen nicht dient, sondern sie beraubt. Die Politiker versprechen zum zweiten Mal, der ungezügelter Finanzwirtschaft Fesseln anzulegen.

Wir rufen alle Menschen auf: Lasst Euch nicht ein zweites Mal betrügen!

Es geht nicht nur um eine unzureichende Regulierung des Bankenwesens.

Es geht um eine tiefgreifende Fehlentwicklung unserer Wirtschaftsweise.

Darum richtet sich der Protest der Menschen in aller Welt nicht nur gegen ein irrsinnig gewordenes Finanzsystem. Er richtet sich ebenso gegen die wachsende Kluft zwischen Armen und Reichen, gegen Arbeitslosigkeit und prekären Einkommensverhältnisse, gegen den Irrsinn einer Überproduktion von Nahrungsmitteln und weltweiten Hungerkatastrophen, gegen die erkannten aber nicht ausreichend bekämpften Umweltzerstörungen, gegen Rüstungsindustrie und Kriege, die „befrieden „ sollen, aber neue Kriege und Terror provozieren.

Deutlich ist: Der globalisierte Kapitalismus ist zu einer selbstmörderischen Entgleisung der menschlichen Kultur geworden.

Der Krebschaden unserer Wirtschaftsweise ist die Herrschaft kapitalistischer Prinzipien und Ideologien: nicht die Bereitstellung sinnvoller Güter und Dienstleistungen und menschenwürdiger Arbeitsplätze ist hier Ziel des Wirtschaftens, sondern die Maximierung der Rendite für einige Kapitaleigner.

Damit wird der Sinn des Wirtschaftens auf den Kopf gestellt und pervertiert.

Wir widersprechen der Behauptung, dass es zur kapitalistischen Marktwirtschaft keine Alternative gäbe, und dass der Mensch ein nur auf materielle Bereicherung, Egoismus, Konkurrenz und Aggression hin angelegtes Wesen sei.

Wir sind davon überzeugt, dass der Mensch auch ein zur Kooperation, gegenseitiger Wertschätzung und Solidarität begabtes Wesen ist. Und wir sind mit vielen Menschen davon überzeugt, dass eine Wirtschaft möglich ist, in der Menschenwürde, Kooperation, Solidarität und ökologische Zukunftsfähigkeit verwirklicht werden können.

Wir suchen und fordern den Umbau unserer Wirtschaftsweise,

- ▷ in der das Finanzsystem vom spekulativen Geldhandel befreit, dem Banken- und Kreditwesen die abschöpfende Funktion genommen und zu seiner gemeinwohlorientierten und dienstleistenden Funktion zurückgeführt wird;
- ▷ in der Eigentum nicht mehr zur leistungslosen Abschöpfung fremder Leistung genutzt werden kann und Grund und Boden und Öffentliche Güter wieder in Gemeineigentum übergehen;
- ▷ in der die Unternehmen nach ökologischen, sozialen und gemeinwohlorientierten Kriterien und in Mitbestimmung aller Beteiligten geführt werden;
- ▷ in der ein leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem realisiert, überhöhte Löhne ausgeschlossen und Mindestlöhne gewährt werden;
- ▷ in der eine Arbeitskultur entwickelt wird, in der jeder Arbeitsfähige einträgliche Erwerbsarbeit findet und Familienarbeit

und gesellschaftliche Tätigkeit gleichwertigen Raum finden;

- ▷ in der ein solidarisches Steuer- und Sozialsystem realisiert wird, in dem von allen Einkünften solidarische Beiträge erhoben werden und eine soziale Grundsicherung für jeden gegeben ist;
- ▷ in der eine ökologische Kreislaufwirtschaft mit hoher Effizienz und größtmöglicher Ressourceneinsparungen realisiert wird;
- ▷ in der die räuberische Globalisierung in eine ökosoziale verwandelt wird, in der weltweit faire Handelsbedingungen, sozialökologische Mindeststandards und die Stärkung der regionalen Wirtschaft oberste Prinzipien werden.

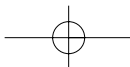
Wir rufen alle Menschen guten Willens auf, sich für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien und für das Gewinnen einer lebensdienlichen, gemeinwohlorientierten, solidarischen Wirtschaftsweise einzusetzen.

- ▷ Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger auf, sich am politischen Kampf für eine solidarische Gesellschaft und reale Beteiligungsdemokratie zu beteiligen und in eigener Bewusstseinsbildung, in Diskussionen mit Nachbarn, Kollegen und Freunden dazu beizutragen.
- ▷ Wir rufen die Politiker auf, sich aus der Abhängigkeit von der Wirtschaft zu befreien und die Rahmenbedingungen für eine gemeinwohlorientierte Ökonomie abzusichern.
- ▷ Wir rufen die Verantwortlichen in der Wirtschaft auf, sich vom Diktat der Profitmaximierung zu lösen, das wirtschaftliche Handeln gemeinwohlorientiert auszurichten und kooperativ zu gestalten.
- ▷ Wir rufen alle zivilgesellschaftlichen Kräfte (Gewerkschaften, Bildungsträger, Kirchen, Wissenschaftler, Künstler, Kulturträger u. a.) auf, den Bewusstseinswandel in unserer Gesellschaft voranzutreiben und sich für eine Neuordnung unserer Wirtschaftsweise miteinander zu verbünden.

► Plädoyer für eine ökumenische Zukunft

Jahrestagung 2012: Ohne Klimagerechtigkeit kein Frieden

Für die Jahrestagung 2012, die am 3./4. Februar 2012 im ökumenischen Begegnungszentrum sanctclara in Mannheim stattfinden wird, konnten kompetente ReferentInnen gewonnen werden, darunter ein Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), Prof. Dr. Reinhold Leinfelder, Berlin, Martin Robra und Andreas



Zumach, beide Genf, Bärbel Wartenberg-Potter, Lübeck, und Klaus Heidel und Martin Gück, beide Heidelberg.

Zum Programm s. www.plaedoyer-ecu.de/aktuelles/

Die Jahrestagung ist strategisch ausgerichtet auf die 10. OeRK-Vollversammlung in Busan im Oktober/November 2013 (vgl. S 1). Es gibt inzwischen wieder ermutigende Anzeichen, was das Ausrufen eines 7-Jahres-Zeitraums oder auch einer Dekade zur Klimagerechtigkeit betrifft.

Nach Informationen von Ulrich Duchrow drängt eine größere Zahl asiatischer Kirchen auf das Ausrufen einer öko-sozialen Dekade.

Martin Robra, Mitarbeiter im OeRK, äußerte in einem Interview bei einer Sitzung des Assembly Planning Committee, das vom 27.9.-1.10.11 in Busan tagte, dass im europäischen Kontext der vom OeRK und der KEK im Nov. 2010 verfasste „Budapest Call for Climate Justice“, der sich in vielen Punkten mit dem Klima-Memorandum des Plädoyer deckt, die Basis der Diskussion sei. Für Busan sei eine Plenarveranstaltung zur Klimagerechtigkeit vorgesehen; es sei aber noch offen, ob eine Dekade (oder ein Siebenjahres-Zeitraum) zur Klimagerechtigkeit ausgerufen werde.

Bei einer OeRK-Konsultation zu Armut, Reichtum und Umwelt, die Anfang November in der kanadischen Stadt Calgary stattfand, riefen VertreterInnen nordamerikanischer Kirchen ihre ökumenischen und interreligiösen Partner dazu auf, „ein Jahrzehnt der Öko-Gerechtigkeit zu widmen, die sowohl ökologische als auch ökonomische Gerechtigkeit umfasst“.

Eine Initiative der deutschen Kirchen, die Klaus Heidel im Auftrag der EKD dem PLÄDOYER vorstellen wird, dürfte ebenfalls das Thema Klimagerechtigkeit zum Inhalt haben.

Mit seinem Klima-Memorandum scheint das PLÄDOYER einen Nerv der ökumenischen Bewegung getroffen zu haben.

IöFK-Auswertungstagung

Am 5./6. Dezember fand eine vom PLÄDOYER mit vorbereitete, bundesweite Auswertungs- und Perspektivtagung zur IöFK im Bonhoeffer-Haus in Berlin statt. Eingeladen waren die Teilnehmenden an der IöFK sowie alle, die an den IöFK-Themen arbeiten. Referenten waren u.a. Renke Brahm, Uwe Trittman, Konrad Raiser und Stephan von Twardowski. Eine Idee zur Weiterarbeit, das Projekt Rüstungskonversion, wurde vorgestellt. Geplant ist ein Kongress.

Weitere Infos über (Google):

Evang. Akademie Villigst, Tagungen, Tagungskalender

Oekumenische Basisversammlung 2014

Der Vorschlag von Peter Schönhöffer, 2014 eine ökumenische Basisversammlung durchzuführen, wurde bei der Sitzung des PLÄDOYER-Fortsetzungsausschusses am

11./12. Nov. in Frankfurt wohlwollend diskutiert. Das Plädoyer wird sich an der Ausarbeitung einer Konzeption beteiligen und erwägt auch eine finanzielle Unterstützung dieses Vorhabens.

Kontakt: Werner Gebert, Geschäftsführer

Banweg 14, 72131 Offerdingen, Tel.: 07473/95 98 98

Fax: 95 98 94, cuw.gebert@t-online.de

► Church and Peace

Die Frage nach der Internationalen Schutzverantwortung (Responsibility to Protect)

Church and Peace ringt weiter um die Frage, wie unschuldige Menschen vor Ungerechtigkeit, Krieg und Gewalt geschützt werden können. In diesem Zusammenhang stellt Church and Peace sich tief greifende Fragen zum Konzept der „Schutzverantwortung“ und zu dessen möglichem Missbrauch. Church and Peace ruft den Oekumenischen Rat der Kirchen (OeRK) und seine Partnerorganisationen dringend auf, ihre Haltung in dieser Frage weiter zu klären. So haben es die Delegierten aus Kirchen der ganzen Welt in Kingston, Jamaika zum Ende der Dekade zur Überwindung von Gewalt im Mai dieses Jahres beschlossen.

Dieser Aufruf aus der Abschlussbotschaft der Internationalen ökumenischen Friedenskonvokation (IöFK) und seine Konsequenzen waren ein zentrales Thema der Vorstandssitzung von Church and Peace, die vom 2. bis 4.11. in der Mennonitengemeinde Weierhof zu Gast war.

Die Herausforderung von Church and Peace für die Delegierten in Kingston: Der erste Entwurf für die Abschlussbotschaft der IöFK bezeichnete die Schutzverantwortung mit ihrer Option, bedrohte Bevölkerungsgruppen mit militärischer Gewalt zu schützen, als Teil des Konzepts des Gerechten Friedens. Dies hat die zeitgleich zur IöFK in Frankreich tagende Mitgliederversammlung von Church and Peace bedauert und in einer Botschaft an die Delegierten in Jamaika noch einmal formuliert, was die historischen Friedenskirchen bezeugen: „Wir weisen die Annahme zurück, dass gerechter Friede uns in das Dilemma zwingt zwischen der Berufung zur Gewaltfreiheit und einem rechtlich legitimierten Einsatz von Gewalt, um bedrohte Bevölkerungen zu schützen.“

Eine Antwort der Kirchen wird nun erwartet. Die Vollversammlung des OeRK 2013 in Busan, Südkorea sollte die Frage beantworten, ob die Kirchen eindeutig für die Gewaltfreiheit eintreten“, so der Vorstand.

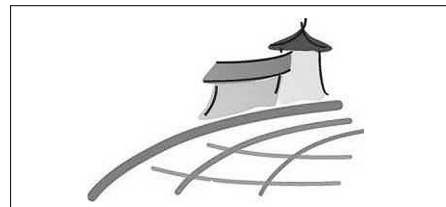
Kontakt: Ringstr. 14, 35641 Schöffengrund

Tel: 064 45/55 88, Fax: -50 70

IntlOffi-ce@church-and-peace.org

www.church-and-peace.org

► Initiative Kirche von unten (IKvu)



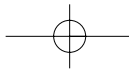
Für ein neues ökumenisches Sozialwort

Wahrhaft ökumenisch, sowohl was die Veranstalter wie die Teilnehmenden betrifft, war eine von der IKvu initiierte Veranstaltung am Buß- und Betttag 2011 in der Evangelischen Matthäuskirche am Messegelände in Frankfurt a. M. unter dem Thema „Viele Krisen – nichts gelernt! Brauchen wir ein neues ökumenisches Sozialwort?“, zu der gut hundert Interessierte gekommen waren.

Nach einem Impulsvortrag von Karin Kortmann, Vizepräsidentin im Zentralkomitee der deutschen Katholiken, diskutierten Prof. Dr. Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD, Dietmar Hexel vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Prof. Dr. Gerhard Kruip, Sozialethiker an der Universität Mainz, und die Unternehmensberaterin Katja Mayer. Den Ausblick bilanzierte Dr. Thomas Seiterich von der Zeitschrift PublikForum. Die Moderation hatte Stefan Toepfer von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Musikalischer Begleiter war Bernd Hans Göhrig, der Geschäftsführer der IKvu.

Mit dem ökumenischen Sozialwort „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ hatten sich die beiden großen Kirchen 1997 zu Wort gemeldet. Diese Erklärung zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland war Ergebnis einer breit angelegten Konsultation und fand große öffentliche Resonanz. Ist es nicht an der Zeit, dass sich die Kirchen wieder in die gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Debatten einschalten? Doch ist die katholische Kirche zu sehr mit sich selbst beschäftigt, als dass sie Interesse hätte. Sie hat die EKD gebeten, dieses Projekt nicht weiter zu verfolgen. Und die Evangelische Kirche hat sich damit einverstanden erklärt, sie will keinen Alleingang machen. Wie Gerhard Wegner erklärte, haben sich beide Kirchen jedoch auf eine neue „soziale Initiative“ verständigt, die zu einem ganzen Katalog von Zukunftsfragen Thesen formulieren soll, die von den kirchenleitenden Gremien beschlossen und dann öffentlich bekannt gemacht und diskutiert werden sollen.

Wir, das ökumenische Netzwerk IKvu, wollen uns mit diesem Expertentum „von oben“ auf der akademischen Salonebene nicht zufrieden geben. Wir wollen einen Diskussionsprozess „von unten“. Dieses Verständnis von Kirche als lebendiger Gemeinde hat auch Karin Kortmann, die betonte: „Ja, wir brauchen ein neues Sozialwort.“ Wich-



tiger als ein Papier sei jedoch die breite Diskussion unter Einbeziehung des organisierten Laienkatholizismus. „Der Konsultationsprozess, das ist der Hauptbestandteil der Unternehmung, dafür sollten wir uns die Freude und die Lust nehmen.“

Unternehmensberaterin Mayer wünscht sich die Kirchen als „Diskussionstreiber“ dafür, „wie Wohlstand ohne Wachstum hergestellt werden kann.“ Der Gewerkschafter Hexel mahnt, wenn man sich den wirklichen Problemen der Menschen zuwende, gewinne man auch stärkere innere Klarheit über die eigene Rolle, Aufgabe und Identität. Das gelte gleichermaßen für Kirchen und Gewerkschaften. In den abstrakten Analysen sei man sich ja einig, aber jetzt dürfe man nicht nur seminaristisch Papiere entwickeln, sondern müsse eingreifend handeln. Es gelte, „Gerechtigkeit praktisch zu organisieren“.

Aus dem Publikum wurde auch das Verhalten der Kirchen als größter Arbeitgeber in Deutschland mit ihr Handeln als Unternehmer mit Caritas und Diakonie kritisiert. Karin Kortmann wie Gerhard Kruijff fordern eine Selbstverpflichtung, sich als Arbeitgeber auch selbst an die eigenen propagierten Standards zu halten. Den DGB forderte Kortmann auf, weiterhin Druck auf die Kirchen auszuüben.

Kontakt: IKvu, Wolf Gunter Brüggemann-Friederborn
Sprecher der IKvu, Am Ebelfeld 268, 60488 Frankfurt
Tel.: 069/762739

► SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Oekumene

Studie zur Arbeitsmigration westafrikanischer Frauen

In der Studie „Jede geht – warum nicht Du?“ verfolgt SÜDWIND den Migrationsweg westafrikanischer Frauen und untersucht zentrale Ursachen und Motive der Migration. Dabei konzentriert sich die Studie insbesondere auf die Arbeitsmigration von Ghanaerinnen, die nach Marokko und auch in die EU ziehen, und fragt nach den sozialen, ökonomischen und rechtlichen Verhältnissen, in denen Migrantinnen in den Zieländern leben.

Viele von ihnen leben irregulär in Europa, haben keine Arbeitserlaubnis und können nur im informellen Sektor arbeiten. Diese Arbeitsverhältnisse sind alle ungeschützt und bieten in der Regel keine verlässliche Einkommensquelle und keine soziale Sicherheit. SÜDWIND plädiert daher für die Umsetzung international verankerter (Arbeits-) Schutzrechte für MigrantInnen, für stärkere gewerkschaftliche und zivilgesellschaftliche Ansätze zur Durchsetzung von Arbeitsrechten, für eine umfassende Legalisierung der zurzeit irregulär in Deutschland lebenden

Menschen und eine grundlegende Umorientierung der EU-Handels- und Agrarpolitik.

Kontakt: Vera Schumacher, SÜDWIND e.V.

Institut f. Ökonomie und Oekumene, Lindenstr. 58-60
53721 Siegburg, Tel.: 022 41/25 95 49, Fax: 513 08
schumacher@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

► Pax Christi

Für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten

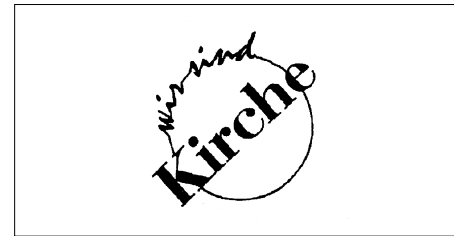
„Eine Spirale von Kriegsdrohungen verschärft derzeit die Spannungen in der Krisenregion Naher und Mittlerer Osten. Diese gilt es zu durchbrechen“. Das erklärte der geschäftsführende Vorstand von Pax Christi. „Krieg ist kein Mittel, um ein möglicherweise militärisches iranisches Atomprogramm zu stoppen. Die Krise verstärkend wirkt, dass gleichzeitig das israelische Atomprogramm bislang keiner internationalen Kontrolle unterliegt. Ein erster Abrüstungsschritt in der Region ist die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone, wie sie die UN mit einer Konferenz im nächsten Jahr vorsieht. Mögliche Sanktionen gegen den Iran wirken nur glaubwürdig, wenn sie auch mit Druck auf die israelische Politik verbunden sind, endlich die Besetzung zu beenden und den Konflikt mit den Palästinensern friedlich und gerecht zu lösen.“

Deutsche Rüstungsexporte in die Region tragen dazu bei, dass Repression und Krieg führen möglich wird. Die mit Steuergeldern mitfinanzierten U-Boote an Israel können auch mit Atomwaffen bestückt und für einen atomaren Schlag eingesetzt werden. Die Bundesregierung darf im Sinne der Eskalation Waffenexporte in die Länder des Nahen und Mittleren Ostens nicht mehr befürworten. Die Erinnerung an die Shoa steht in der deutschen Politik in der Gefahr, zur Legitimation einer Form von Staatsräson zu werden, die problematische Positionen einer israelischen Regierung unbesehen unterstützt. Demgegenüber droht die Erinnerung an den millionenfachen Völkermord mit der darin begründeten universellen Mahnung an die Menschheit, für den Schutz der Menschenrechte und die Achtung internationalen Rechts einzutreten, zu verkümmern.

... Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Bemühungen der UN um einen atomwaffenfreien Nahen Osten zu unterstützen. Die Sorge um die Sicherheit Israels darf nicht dazu führen, in einen militärischen Angriff gegen den Iran verwickelt zu werden.“

Kontakt: pax christi, Sekretariat: Hedwigskirchgasse 3
10117 Berlin, Generalsekretärin Christine Hoffmann
Tel.: 030/2007678-0, Fax: 2007678-19
sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

► Wir sind Kirche



Sorge um Zukunft der sonntäglichen Eucharistiefeier

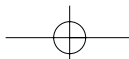
Die deutsche KirchenVolksBewegung „Wir sind Kirche“ solidarisiert sich mit den sieben Thesen „Sorge um die Eucharistie in den Gemeinden“, welche von der österreichischen Plattform „Wir sind Kirche“ und vier weiteren Reformorganisationen aus unserem Nachbarland in Linz beschlossen wurden, sowie mit dem bereits im Juni 2011 veröffentlichten „Aufruf zum Ungehorsam“ einer österreichischen Pfarrer-Initiative.

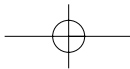
„Die Sorge um die Zukunft der sonntäglichen Feier der Eucharistie in den Gemeinden ist auch in Deutschland und weltweit brandaktuell“, erklärt Christian Weisner vom Bundesteam der deutschen KirchenVolks Bewegung. Nicht nur in Österreich gilt: Theologisch und pastoral ist es der falsche Ansatz, die Leitung und die Feier der Eucharistie von der verfügbaren Anzahl der zölibatären Priester abhängig zu machen. Zudem wird der Priestermangel von der Kirchenleitung durch biblisch nicht begründbare Zulassungsbestimmungen für den Priesterberuf künstlich erzeugt. Damit wird die die Menschen heilende und heiligende Wirkung der Feier der Hingabe Jesu einer formal fragwürdigen Regelung untergeordnet. Die von den Bischöfen praktizierten Zusammenlegungen und Auflösungen von Pfarreien über die Köpfe der Menschen hinweg sind auch deshalb ein Skandal. Jesus wollte keine Priester mit magischen Vollmachten. Wir brauchen GemeindeleiterInnen, zu deren Aufgaben der Vorsitz in der Eucharistie wie selbstverständlich gehört.

Wir sind Kirche setzt sich jetzt dafür ein,

- ▷ dass möglichst viele Pfarrer und Diakone sich als Gruppen oder als Einzelne dem Aufruf der österreichischen Pfarrer-Initiative anschließen.
- ▷ In den Gemeinden sollten sich Reformgruppen von Frauen und Männern bilden, welche die Reformen auf Gemeindeebene vorantreiben.
- ▷ Priesterlose Gemeinden sollen nicht nur Wortgottesdienst halten, sondern im Namen Christi auch die Eucharistie feiern und dabei nach dem gemeinsam gesprochenen biblischen Abendmahlsbericht das Brot brechen und untereinander teilen.

Kontakt: Wir sind Kirche-Bundesteam:
Christian Weisner, Postfach 65 01 15, 81215 München
Tel: 0 81 31/26 02 50, Fax: 26 02 49
bundesteam@wir-sind-kirche.de





Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

Bayern

Oekumenisches Netz in Bayern
c/o H. H. Willberg
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann
Tel.: 0 91 83 / 95 00 39

Berlin

Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg
Oekumenisch-Missionarisches Institut
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

INKOTA

Greifswalder Str. 33 a, D-10405 Berlin
Tel.: 0 30 / 4 28 91 11
Fax: 0 30 / 4 28 91 12

Bremen

Oekumenische Initiative Bremen
in forum Kirche
Holler Allee 75, D-28209 Bremen
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

Hamburg

Solidarische Kirche in Nordelbien
Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg
Tel.: 01 75 / 9 09 32 89
Heike-Schoon@web.de

Hessen

Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen
c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

Niedersachsen

Arbeitskreis Konziliarer Prozeß
Hermann de Boer
Am Kirchhofe 4a
D-30952 Ronnenburg

Oldenburg

Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.
Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

Pfalz

Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Referat Konziliarer Prozess
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0
Fax: 0 62 32 / 67 15-67
info@frieden-umwelt-pfalz.de

Rhein-Mosel-Eifel-Hunsrück-Westerwald
Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar
Dominic Kloos
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz
www.oekumenisches-netz.de

Rheinland

Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.
Pfr. Dieter Endemann
Domstr. 62, D-50668 Köln
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

Solidarische Kirche im Rheinland
Kirchliche Bruderschaft
c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9
D-45578 Mühlheim a. d. Ruhr
soki.rheinland@geonet.de

Sachsen-Anhalt

Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum
Leibnizstr. 4
D-39104 Magdeburg
Tel.: 03 91 / 53 46-493
Fax: 03 91 / 53 46-490

Sachsen

Oekumenisches Informationszentrum Dresden
Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7
D-01067 Dresden
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60
oekumene@infozentrum-dresden.de

Westfalen

Oekumenisches Netz in Westfalen
MÖWe, Horst Hoffmann, Olpe 35
D-44135 Dortmund
Tel.: 02 31 / 54 09-73
Fax: 02 31 / 54 09-21

Solidarische Kirche Westfalen-Lippe
Michael Nelson, Geschäftsführer
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg
Tel.: 0 23 73 / 1 76 88 35
muhr-nelson@frecnet.de

Württemberg

Oekumenisches Netz Württemberg
Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12
D-74348 Lauffen am Neckar
Tel.: 0 71 33 / 210 68

Oekumenisches Netz in Deutschland
c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15
D-36251 BadHersfeld
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86, Fax: -6 56 45
A-P-S@gmx.de

Förder mit glied schaft

bei der Stiftung Oekumene

Fördermitglieder können Einzelpersonen, Gruppen, Gemeinden oder Pfarrämter werden. Jedes Fördermitglied erhält regelmäßig den **OEKUMENISCHEN INFORMATIONSDIENST** sowie dessen Sonderdokumentationen. Weitere Materialien werden umsonst oder mit Rabatt angeboten. Über den Förderbeitrag (abzüglich der Gebühr für den Informationsdienst) wird eine abzugsfähige Spendenquittung ausgestellt. Der monatliche Mindestbeitrag liegt bei 5,- Euro.

Stiftung Oekumene
Konto 100 008
BLZ 500 502 01
bei der Frankfurter Sparkasse

IMPRESSUM

OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST
Gegründet 1982

Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.
Verantwortlich:
Ulrich Schmitthener
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen
Ulrich Schmitthener, Stuttgart
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008

HINWEIS:

Der Oekumenische Informationsdienst erscheint mit freundlicher Förderung der Evangelischen Kirche in Deutschland

